

VORFRAGEN

MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SPD, JUSO UND GEWERKSCHAFT

Nr. 42

Nov./Dez 1979

80 Pfg. Solidaritätspreis DM 1,20

ANGELA BANKERT JUSO-VORSTANDSMITGLIED
UB RENSCHIED, BETZIRK NIEDERRHEIN

Konflikte in der SPD:

KEIN AUSSCHLUSS VON ATOMGEENERN!

"Auch nach dem Beschluß des Parteitages werde ich meine Gegenposition als stellvertretender Juso-Vorsitzender weiterhin vertreten!" (Detlev Samland, Juso-Bundesvorstandsmitglied).

"Das ist ein Aufruf zur Partei-Anarchie!" (Hans-Otto Bäumer, SPD-Bezirksvorsitzender).

So heftig prallten die Standpunkte bei einer gemeinsamen Sitzung von SPD - und Juso-Funktionären des Bezirks Niederrhein in Düsseldorf aufeinander. Es ging um die scharfen Auseinandersetzungen, die in den vorausgehenden Wochen im drittgrößten SPD-Bezirk um die Atomenergie-Frage entbrannt waren.

Der Juso-Bezirksvorsitzende Dittmar Gatzmaga hatte gegenüber der Presse erklärt, die Jusos würden sich auch dann öffentlich gegen die Kernenergie-Nutzung aussprechen, wenn der SPD-Bundesparteitag im Dezember anders entscheiden würde. Dieses offensive Auftreten rief sofort die oberen Parteifunktionäre des Bezirks auf den Plan, die mit Ausschluß drohten. Die zur Klärung dieser Auseinandersetzungen abersamnte Sitzung brachte jedoch keinen Kompromiß, die Jusos blieben bei ihrem Stand-

punkt, der Bezirksvorstand bei der Ausschlussdrohung. Angesichts der Kanzlerkandidatur von Strauß könne sich die SPD kein uneinheitliches Bild nach außen leisten, dies führe zur Desorientierung der Wähler". Man fragte sich allerdings, wieviel Desorientierung wohl von den SPD geführten Bundes- und Landesregierungen ausgeht, in der sozialdemokratische Positionen kaum noch wiederzufinden sind. Berufsverbote, Anti-Terror-Gesetzgebung, Radikalenerlaß, der Verzicht auf Reformansprüche z. B. in den Bereichen Schule und berufliche Bildung. Sind dies vielleicht Beschlüsse und Aufträge von SPD-Bundesparteitag?

KAPITULATION VOR DEN KONZERNEN

Auch die Ausführungen der SPD-Vertreter zur Kernenergie brachten nur eine Wiederholung sattem bekannter Argumente der AKW-Betreiber: Die Energiewirtschaft werde langfristig nur durch Atomenergie lösbar; anderfalls müsse der Lebensstandard heruntergeschraubt werden; schließlich sei es um

die Erhaltung von Arbeitsplätzen und: "Die Investitionen müssen sich auszahlen."

"Die Partei übernimmt die Propaganda der Konzerne", empörte sich SPD-Bezirksvorstandsmitglied Karin Jung.

"Das ist doch das Schlimmste, was auch die Jugendlichen irgendwo spüren. Eine demokratisch gewählte Regierung geht vor den Konzernen in die Knie!"

AKWs FÜR DIE WELT

Besonders scheinheilig ist das Argument, die Kernenergie sei aus Verantwortung gegenüber den Entwicklungsländern unverzichtbar, weil deren Industrie sonst nicht vorangebracht werden könnte. Haben sich die internationalen Energiekonzerne in den Entwicklungsländern bisher durch humanitäre Hilfe oder durch Ausplünderung auszeichnet? Was nutzt es dem brasilianischen oder argentinischen Bauern und Arbeiter, wenn man ihren Unterdrücker AKW liefert und ihnen damit gleichzeitig die technologische Grundlage für atomare Bewaffnung gibt? (Woher hat wohl Südafrika jetzt die Atomombe?)

DER LEBENSSTANDARD STEHT AUF DEM SPIEL

VON EINEM VERTRAUENSMANN
IG METALL -

"So viele individuelle Lohnforderungen, wie sie in der letzten Zeit an mich persönlich herangetragen wurden, habe ich noch nicht erlebt. Die Kollegen haben es bei den Vorgesetzten versucht - aber es war nichts drin. Und jetzt kommen sie damit zum Betriebsrat. Nach sechs Wochen haben wir es endlich geschafft, für zwei Leute 15 Pfennig pro Stunde rauszulassen! Zuerst will jeder einmal für sich persönlich den Lohn regulieren. Und die Leute wollen auch jetzt wieder mehr Überstunden machen, damit es unterm Strich stimmt."

(Ein Betriebsrat und IG Metall-Funktionär zu VORAN)

Diese Erfahrung haben viele gemacht. Die neuen Preissteigerungen der letzten Monate, besonders die hohen Heizungskosten, greifen spürbar den Lebensstandard an.

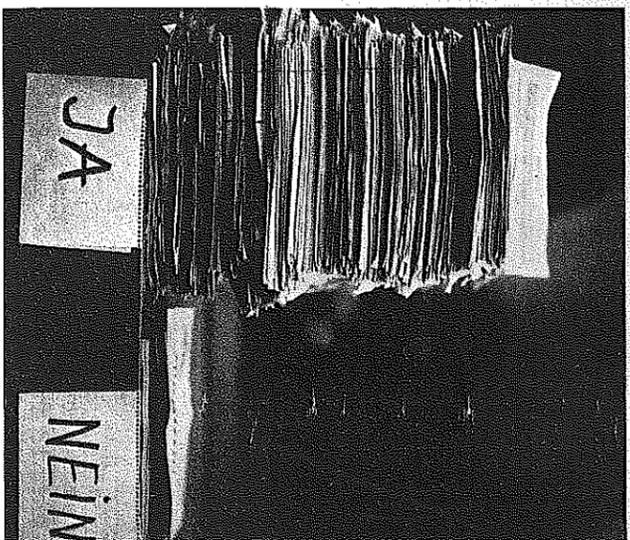
Im Vorfeld der neuen Tarifrunde in diesem Winter ist unter vielen Kollegen eine kämpferische Grundstimmung festzustellen. Die Austritte enttäuschter und resignierter Kollegen nach den letzten Tarifrunden sind längst wieder wertgemacht. Auch viele altdienste Kollegen sind überrascht über die hohe Zahl von Neuzugängen.

Diskussionen über schärfere und besser greifende Instrumente

Mit einem klaren "Ja" zu Kampfmaßnahmen haben alle Urabstimmungen bisher geendet. Doch die Ergebnisse waren dann oft viel bescheidener, als man es vorher erwartet hatte.

der Tarifpolitik bekommen Aufwind. Vor diesem Hintergrund ist es auch zu sehen, daß das Schlichtungsabkommen zwischen der IG Metall und den Arbeitgebern nicht verlängert wurde. So ist es möglich geworden, die laufende Tarifrunde mit Streiks zu unterstützen. "Abdichtungsphasen" gibt es vorläufig nicht mehr. Die Tarifrunde kann hart werden.

Daß jetzt in der IG Metall eine gemischte Lohnforderung (d. h.:



Sockelfestbetrag plus prozentuale Forderung) aufgestellt werden soll, ist ein Fortschritt gegenüber den nur-prozentualen Forderungen der Vergangenheit und entspricht den Erwartungen vieler Kollegen.

Aber wir dürfen uns deshalb jetzt nicht zur Ruhe setzen. Die Gewerkschaftsführer müssen ihren kräftigen Worten Taten folgen lassen. Der sauer verdiente und hart erkämpfte Lebensstandard steht auf dem Spiel.

Was ist das für eine Verantwortung gegenüber den Entwicklungsländern, ihnen eine Technologie aufzudrücken, die selbst in den Industrieländern nicht beherrschbar ist?

PARTETAG

Nicht nur die Jusos, sondern auch eine Reihe von SPD-Bezirks- und Landesparteitagen haben sich ebenfalls für Baustopp bzw. Stilllegung ausgesprochen. Dennoch ist es wahrscheinlich, daß der Pro-Kernenergie-Antrag des Vorstands vom Parteitag angenommen wird.

Doch selbst die Antragseführer erwarten eine relativ knappe Mehrheit. Dies ist umso bemerkenswerter, wenn man die übliche Zusammensetzung von Parteitag kennt: dort tummeln sich überwiegend "verdienter" (im wahrsten Sinne des Wortes) Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, Abgeordnete und sonstige Mandatsträger aus den Untergliederungen, die eindrucksvollen Appellen von Helmut Schmidt und Willy Brandt in der Regel nicht gerade zugewandt gegenüberstehen.

Wie immer die Entscheidung ausgeht: angesichts der großen Opposition gegen das Atomprogramm der Bundesregierung gibt es für



die AKW-Gegner in der SPD keinen Grund zur Resignation. Es wäre völlig falsch, nach einer Abstimmungsmitteilung kurzentschlossen auszureiten. So schlecht ein solcher Ausgang des Parteitags auch wäre, es hätte noch schlimmere Auswirkungen, wenn ihm eine Austrittswelle folgen und damit das Feld kampflös geräumt würde.

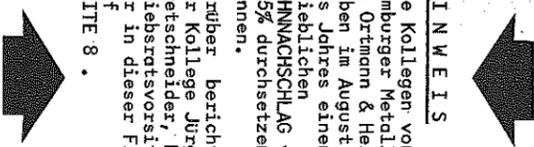
Was sollte denn die politische Alternative sein? DKP? K-Gruppen? Grüne und Bunte? Der Kampf gegen das Atomprogramm kann nur dann erfolgreich sein, wenn er nicht isoliert von der Masse der Arbeitnehmer geführt wird. Keine noch so radikale Grüne Liste kann allein die Macht der Atomkonzerne brechen, dies kann nur die organisierte Kraft der Arbeiterbewegung.

Bislang ist es der Atom-Lobby mit dem "Argument" Arbeitsplatz und Lebensstandard aber gelungen, AKW-Gegner und weite Teile der Arbeitnehmererschaft gegeneinander auszuspielen. Der Kampf muß daher dort aufgenommen werden, wo Arbeiter und Angestellte überwiegend organisiert sind bzw. wo sie sich politisch hin orientieren: nämlich in ihren traditionellen Massenorganisationen, SPD und Gewerkschaften.

Fortsetzung auf Seite 8

ARTIKEL ÜBER

- Die Grünen / Bahrer 3,2
- Gesellschaftsprogramm 3,3
- Ein Trostakt 5,4,5
- PSDF - Labour Party 5,6
- Arbeitsbedingungen in der Metallindustrie 5,7
- HILF-Zeitung 5,7
- Lohnnachschlag 5,8



VORAN

VORAN ZUR SOZIALISTISCHEN DEMOKRATIE I

Überregionale marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaft.

Erscheint seit Dezember 1973

Redaktionsanschrift: VORAN, Hammesberger Str. 75
5630 Remscheid

Bankverbindung: Postcheckamt Essen, H. G. Ohnger
Nr. 17020 - 433

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Ohnger

Druck: Gegendruck, Reuenberg 82, 4300 Essen

Kommentar:

BAHRO

Im Oktober ist Rudolf Bahro in der DDR aus der Haft entlassen worden, und wenige Tage später ist er mit seiner Familie in die BRD übergesiedelt.

Im August 1977 war Bahro wegen seines Buchs "Die Alternativen" verhaftet worden. Er wurde in einem Scheinprozeß zu achtfähriger Freiheitsstrafe verurteilt und in Isolationshaft gesteckt. Die Beschuldigungen gegen ihn sind gänzlich wahr wie die bei den berühmtesten stalinistischen Schauprozessen in Moskau in den 30er Jahren.

Bahro kann nicht - wie zum Beispiel Solschenizyn - als ein Reaktionsär verleumdet werden. Er war seit seinem 18. Lebensjahr Mitglied der SED und wichtiger Wirtschaftsfunktionär in der DDR, in seinem Buch hält er bei aller grundlegenden Kritik an einer sozialistischen Perspektive fest und setzt sich für die Ablösung der bürokratischen Willkürherrschaft durch demokratische Entscheidungsprozesse auf allen Ebenen der Gesellschaft ein.

Viele Sozialisten in der BRD wie auch weltweit haben sich von Anfang an mit Bahro solidarisiert und seine Freilassung gefordert, wenn man mal absteht von der DKP und ihren Organen, in denen nur kommentarlos die Meldungen der DDR-Nachrichtagentur ADN abgedruckt wurden.

Bahro ist - wie auch Havemann und Biermann - zur Symbolfigur für den Wunsch nach einer sozialistischen Gesellschaft geworden; einer Gesellschaft ohne bürokratische Verzerrungen wie in Osteuropa. Er weiß dies, und hat in einem "Spiegel"-Interview (22.10.) zugegeben, daß er Erwartungen geweckt hat und jetzt was tun muß. Es ist die Rede von einem Versuch, die Linken außerhalb der SPD zu vereinigen. Sicherlich ist jetzt mancher hellhörig geworden und wartet darauf, daß nun endlich das zustande kommt, was schon viele erfolglos versucht haben. Doch ein Name und eine Kritik am Stalinismus machen noch keine neue Bewegung aus. Eine Bewegung - und vor allem eine neue - braucht ein klares Programm, Perspektiven und konkrete Erfolge, die die Anhänger ermutigen und deutlich machen, warum ausgerechnet diese Bewegung besser ist und größere Zukunftsaussichten hat als die anderen.

Rudolf Bahro ist erst kurz im Westen und muß sich deshalb überhaupt erst mal mit der politischen Situation vertraut machen. Aber schon seine politischen Kernaussagen in dem Spiegel-Interview werfen viele Fragen auf:

In der DDR habe er "nicht das System schlechthin, sondern eine bestimmte Verfassung des Systems" bekämpft. Soll dies etwa heißen, daß nicht die Grundlagen der Bürokratenmacht bekämpft werden müssen, sondern lediglich ihre Ausweitung? Glaubt Bahro etwa, daß sich das System der DDR nicht bloß auf Bürokratismus beschränke, genauso wie er davon ausgeht, daß das System der BRD sich nicht bloß auf Kapitalismus beschränke? Diese Anschauungen lenken von den entscheidenden Ansatzpunkten für Sozialisten ab - eben die Bekämpfung des Kapitalismus und des Bürokratismus als Wurzel aller Übel in beiden Gesellschaftssystemen!

"Was ich in der Bundesrepublik bekämpfen will, ist nicht die gesamte Gesellschaftsverfassung. Das System in der Bundesrepublik reduziert sich nicht auf Kapitalismus." Könnte dieser Satz nicht auch aus dem Munde eines linksliberalen Zeitgenossen kommen? Warum sollten wir als Marxisten denn von der Erkenntnis abgehen, daß das Grundübel in der BRD nach wie vor der Kapitalismus ist, der in alle Lebensbereiche hineinwirkt?

"Man muß erreichen, daß die Gesellschaft der Staat kontrolliert, daß der Staat zum gesellschaftlichen Instrument wird, das diesen ungelieblichen Konkurrenzkampf der Monopole auch auf internationaler Ebene unter Kontrolle bringt." Dieser Satz könnte einem zahmen SPD- oder DKP-Program entnommen sein. Richtig dies nicht nach halben Schritten? Zeigt der blutige Putsch in Chile 1973 nicht, daß es verhängnisvoll ist, wenn man den Monopolen nur wehtun will, ohne sie aber voll und ganz zu entmachten?

Bahro sträubt sich dagegen, der SPD beizutreten: "Die SPD ... muß das System verwalten, so wie es jetzt ist. Dadurch ist sie zugleich gefesselt und gebunden. . . Es wäre ein horrendes Fehler, in die SPD zu gehen." Aber wie steht es dann mit der SPD, der Bahro über 20 Jahre lang angehört? Ist sie nicht viel stärker als die SPD an den Staatsapparat gefesselt und die Partei der Bürokraten und Bonzen?

Was hat Bahro denn als Alternative zu einem Kampf in der SPD anzubieten? Er weiß doch auch, daß ohne die Mehrheit der SPD-Mitglieder und Anhänger in der BRD keine echte Veränderung möglich ist. Beweist nicht gerade die Geschichte der letzten 60 Jahre, daß eine historische Aufgabe für Marxisten und Sozialisten noch nicht gelöst ist - nämlich die Aufgabe, als Teil der Massenbewegung die Mehrheit der Arbeiterv Klasse für eine sozialistische Alternative zu gewinnen?

Bahro hat durch seine Kritik am "real existierenden Sozialismus" viel Sympathie gewonnen. Jetzt wird er zeigen müssen, ob seine Ideen als eine Anleitung für die sozialistische Bewegung in der BRD praktisch etwas taugen. . .

Nach der Bremer Wahl:

DIE GRÜNEN - EINE POLITISCHE ALTERNATIVE?

In Bremen gelang den Grünen erstmals das, was lange Zeit niemand für möglich hielt: mit 5,14 % aller abgegebenen Stimmen schaltete die "Grüne Liste Bremen" den Sprung in die Bürgerschaft. Zählt man zu den Stimmen der Grünen noch die der konkurrierenden Alternativen Liste, so haben in Bremen 6,48 % der Bevölkerung grün/unt gewählt.

Zwei Hauptströmungen

Obwohl die SPD ihre absolute Mehrheit in der Bremer Bürgerschaft behaupten konnte, muß sie den Wahlausgang als Warnung befreiten: schließlich hat sie im allenregistrierten Bremen das Anwachsen der Umweltschützer außerhalb der Partei nicht zu verhindern gewußt. Im Großen und Ganzen kristallisierten sich zwei Hauptströmungen im grünen Lager heraus:

Da sind einerseits die Oberörtlerbeamten, Ärzte, Biologen, etc., denen die Umwelt- bzw. Atompolitik der Bundesregierung nicht paßt. Diese unter anderem durch den ehemaligen CDU-Abgeordneten Grünh und den Zoologen Grzimek vertretene Gruppe ist nicht sozialistisch orientiert, sondern unterscheidet sich von den großen Parteien nur in bestimmten Sachfragen.

Demgegenüber verstreuen sich viele der zweiten Hauptgruppe als Linke wobei die Bandbreite von Ex-SPD-Mitgliedern und aktiven Gewerkschaftern bis zu Linken aller Schattierungen reicht.

Das einzige einigende Element dieser vielen Gruppen und Gruppchen besteht in der ablehnenden Haltung gegenüber der Energie- und Umweltpolitik der Bundesparteien.

Dies heißt nicht, daß die Grünen nicht eventuell entscheidend zu einem Wahlstich von Strauß beitragen könnten (wobei sich die SPD in einem solchen Fall nicht zu wunden braucht, wenn sie die entscheidenden Stimmen nicht durch eine klare Politik halten konnte), aber die uneinheitliche Zusammensetzung der grünen Gruppen wird ihnen langfristig keinen allzu grossen eigenständigen politischen Einfluß verschaffen können.

Über 100.000 in Bonn

Andererseits darf auch nicht übersehen werden, daß es zum Teil auch der grünen und Anti-Atom-Bewegung zu verdanken ist, daß die Problematik der Atompolitik größeren Bevölkerungskreisen bewußt geworden ist. Die unlängst in Bonn abgehaltene Massendemonstration mit zwischen 100.000 und 150.000 Teilnehmern beweist dies deutlich. Die in Bonn versammelten Demonstranten bestanden eben nicht nur aus Anhängern der verschiedenen grünen Listen sondern auch aus aktiven Gewerkschaftern und Mitgliedern anderer politischer Parteien (laut Deutschlandfunk haben über 10.000 Jungsozialisten an der Demonstration teilgenommen).

Jugend und SPD

Was aber hätte die Unterstützung des Atomprogramms durch den Berliner SPD-Parteitag für Konsequenzen? Zweifelsohne würde dies eine verstärkte Abwendung besonders der Jungwähler von der SPD zur Folge haben. So fänden es nach einer ZDF-Umfrage 73% der Befragten im Alter von 18 bis 24 Jahren gut, wenn die Grünen im Bundestag vertreten wären. Immerhin noch 8,3% derselben Altersgruppe sind bereit, bei der nächsten Bundestagswahl eine grüne Partei zu wählen. Dies zeigt, daß die Jugendlichen von der SPD stark enttäuscht sind.

Die SPD kann und darf sich aber nicht von der Jugend isolieren. Schon immer war es so, daß die Jugend ein besonderes Gespür für die unzähligen Mängel des kapitalistischen Systems hatte und am radikalsten seine Veränderung forderte. Wenn die SPD in den 80er Jahren nicht die bisher verfolgte Politik der kapitalistischen Mängelverwaltung weiter praktizieren will, muß sie der Jugend Gehör schenken.

Das Übel an der Wurzel packen

Bei der zentralen Bedeutung der Energieversorgung für Private Haushalte und Wirtschaft ist es absolut notwendig, die Forderung nach Verstaatlichung des gesamten

Energie-sektors unter demokratischer Kontrolle aufzustellen. Gerade auf diesem Gebiet wird überdeutlich, daß das Kapital weder in der Lage noch willens ist, die Energieversorgung langfristig und unter Beachtung von Sicherheitsgesichtspunkten sicherzustellen.

Ungelöste technische Probleme, unübernehmbare Folgen, die Begrenztheit der Uran-Vorkommen - das alles ist für sie kein Hindernis. Hauptsache unter'm Strich stimmt am Ende die Kasse. Die Energieversorgung muß daher raus aus Unternehmehänden, um langfristige, sichere, rohstoff- und energiesparende Versorgungs-möglichkeiten zu erschaffen und einzulösen. Das "Nein" zu AKWs muß daher verbunden werden mit der Forderung nach einer sozialistischen Energieplanung, sonst bleibt es bloße Reaktion auf kapitalistische Übel ohne Alternative.

Es wäre zwar bei einer entsprechenden Massenbewegung auch im Kapitalismus durchaus möglich, den Verzicht auf Kernenergie zu erzwingen, aber die negativen Seiten des Kapitalismus bestehen ja nicht nur in Atomkraftwerken. Neben anderen Umweltproblemen gibt es materielle Not, Ausbeutung und Arbeitslosigkeit, unmensliche Arbeits-, Wohn- und Lebensbedingungen. Eine nur auf eine Frage beschränkte Bewegung wie die der Grünen wird niemals in der Lage sein, all diese Probleme umfassend zu lösen, denn dies ist nur durch grundlegende sozialistische Veränderungen möglich. Viele jugendliche und sozialistisch orientierte Anhänger der "Grünen" und "Bunten" werden dies auch so sehen. Aber wie wolle ihr dann, irgen wie wir, überhaupt politisch mit Leuten zusammenarbeiten, die in ihrer GrundEinstellung doch eher konservativ sind?

Für die 80er Jahre werden selbst von bürgerlichen Wirtschaftswissenschaftlern eine starke Krisen vorausgesagt, die von Versuchen, den Lebensstandard abzubauen und von verschärfter Arbeitslosigkeit begleitet sein werden. Dies zu verhindern wird nicht die Aufgabe der Grünh und Grzimeks, sondern die der organisierten Arbeiterbewegung sein!

ANNETTE BEHLE, JUSO-MITGLIED
UB WALDECK-FRANKENBERG

Für die Vorweihnachtszeit haben sich einige unserer Kampf-fondshalter die Organisation von Weihnachtsbaaren vorgenommen. Sie wollen gebrauchte Gegenstände sammeln und diese dann verkaufen. Hast Du nicht auch in irgendwelchen Ecken noch Sachen stehen, die Du entbehren kannst? Könnstest Du nicht auch eine solche Initiative zusammen mit anderen in Gang bringen? Wir brauchen die aktive Hilfe jedes Lesers.

In den Monaten November und Dezember wird in den meisten Betrieben das Weihnachtsgeld bzw. das 13. Monatsgehalt ausbezahlt. Wir würden uns freuen, wenn der Kampf-fonds auch ein Weihnachtsgeschenk erhielt - möglichst bis Ende November, ehe der große Kauf-boom beginnt.

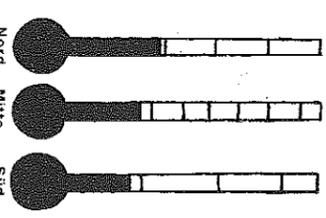
Wir möchten daher alle Leser bitten, uns von diesem Geld eine Spende zukommen zu lassen. Fragt auch bei Bekannten und anderen Lesern nach einer solchen Weihnachtsspende!

Kampffonds

Enorme Anstrengungen unserer Leser und vor allem der Kampf-fondshalter sind in den letzten zwei Monaten noch vonnöten, wenn wir nicht hoffnungslos hinter das selbstgesteckte Ziel zurückfallen wollen. Im Oktober ging nur die Hälfte der Summe ein, die wir eigentlich monatlich - umgerechnet auf's Jahresziel - erwarten, nämlich insgesamt nur DM 762,44 DM (Ziel: 1400,-DM). Davon entfiel der Löwenanteil mit 506,17DM auf die Region Mitte. Die "Nord-"Hilfen überweisen 155,28 DM, die Südlar Heßen uns 100 DM zukommen.

Mit etwas Phantasie und Einsatz sollte es uns eigentlich gelingen, im nächsten Monat mehr zu sammeln. Hier nur eine Anregung: Warum die sauer verdienten Groschen immer in die Kneipe tr-

5000- 8500- 3500-



Solche und andere Anregungen sind von VORAN-Lesern und Anhängern schon öfter in die Tat um-

TEIL 1

Godesberger SPD-Programm 1959

AUSSTÖHNUNG MIT DEM KAPITAL

Wie kam es dazu?

Vor 20 Jahren wurde von dem Godesberger Parteitag der SPD ein neues Grundgesetzprogramm verabschiedet. Mit ihm wurde der programmatische Schlüsseltext unter einer lange marxistische Tradition gezogen.

Wie konnte es in der Massenpartei der Arbeiter zu einem endgültigen Bruch mit dem sozialistischen Gedankenkontinuum kommen? War das Godesberger-Programm von 1939 eine Notwendigkeit? Entsprach es den Interessen der Arbeiter? War und ist der Sozialismus nicht mehr notwendig? Bietet das Godesberger Programm heute eine ausreichende Analyse und konsequente Forderungen?

Um diese Fragen zu beantworten, muß man etwas weiter in die Geschichte zurückgreifen.

VEREINTE KAMPF

Nach Kriegsende 1945 wurden in Deutschland spontan die alten Arbeiterorganisationen wieder aufgebaut - bevor die alliierten Besatzungsmächte ihre Erlaubnis gaben. Die Stimmung der Arbeiter war sehr radikal. Sogar die CDU mußte ein antikapitalistisches Programm annehmen. Weil der Faschismus nur auf dem Rücken einer gespaltenen Arbeiterbewegung an die Macht kommen konnte, forderten viele Genossen als Konsequenz aus dieser Erfahrung eine vereinigte sozialistische Partei. Doch die Führung der SPD lehnte eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten ab.

Kurt Schumacher, der 1. Vorsitzende der SPD, konnte bei seiner "Argumentation" gegen eine einheitliche Partei die Erfahrung der Ernährungsunterschiede, die zum Teil in der UdSSR im Exil lebten und dort Bekanntheit mit Stalins diktatorischer Politik und den Säuberungsaktionen machten.

ANTIKOMMUNIST

Die Schumacher-Fraktion setzte ihre ganze Energie ein, um jede Zusammenarbeit von SPD- und KPD-Mitgliedern zu zerschlagen. Diese Abgrenzungspolitik gegenüber Kommunisten sollte die SPD als verlässlichen Partner der bürgerlichen Kräfte beim Aufbau der zerstörten Ordnung nach allem Vorbild erscheinen lassen.

Den westlichen Besatzungsmächten war die antikomunistische Haltung Schumachers nur recht. Mit seiner Hilfe konnte die starke und nach Veränderung rufende Mitgliedschaft vor sozialistischen Experimenten zurückgehalten werden. Das Kapitel erhielt die Möglichkeit, die deutsche Wirtschaft wieder in das kapitalistische System zu integrieren.

WORTRADIKAL

Trotz alledem war Schumacher für die Alliierten ein unbehaglicher Politiker. Denn oft mußte er die Politik der Siegermächte hart angreifen, um nicht das Vertrauen der Parteimitglieder zu verlieren und um sein Gesicht zu wahren.

So sprach er sich für ein vereintes sozialistisches Europa aus - beharrte aber auf der Unabhängigkeit Deutschlands. Er propagierte in Worten den Sozialismus. Er betonte, daß das Denken und Handeln der SPD von den Lehren des Klassenkampfes bestimmt werden und sprach sich wenige Monate später für die Streichung des Wortes Klassenkampf aus.



Godesberg, 13. bis 15. November 1959 - Außerordentlicher Parteitag. Am Vorstandstisch (von links): Ollenhauer, Wehner, Nau, Erler, Deist,

Die SPD leistete sich aber noch mehr Ungereimtheiten. Bekannt ist, daß die Arbeiter nach dem Zusammenbruch des 3. Reiches spontan mit der "Entnazifizierung" begannen. Sie besetzten die Fabriken und warfen die ex-faschistischen Vorgesetzten hinaus. Kurze Zeit später setzten die Siegermächte sie wieder als Führungskräfte ein. Denn sie brauchten ihre fachkundige Hilfe, um aus Europa - und speziell aus Deutschland - ein verlässliches Bollwerk gegen den Ostblock zu machen. Reaktion der SPD: sie war bereit, den "Spezialisten" sogenannte "Persilscheine" anzustellen.

DEFENSIVE

Trotz der Politik des Parteivorstands zog die SPD viele Arbeiter an, die sich von ihr eine grundlegende Änderung der Gesellschaft erhofften. Ende 1946 gab es im Westsektor über 8.000 Ortsvereine mit fast 700.000 Mitgliedern. Das waren fast 3.000 mehr als 1931 im gleichen Gebiet.

Trotz des Potentials, das hinter der Partei stand, vertrat die SPD keine offensive Politik gegenüber den neuen bürgerlichen Machthabern. So veräußerte sie, ihre Anhängerschaft zu mobilisieren, als die Militärverwaltung die beiden Sozialistengesetze des nordrhein-westfälischen Landtags vom 25. 1. 47 und vom 6. 8. 48 außer Kraft setzte.

Auch für die ersten Wahlen nach dem Faschismus 1946 mobilisierte die SPD kaum. Durch ihre falsche Prognose, daß ein Wirtschaftsaufschwung nicht möglich sei, kam sie zu der Schlussfolgerung, der Kapitalismus würde von selber zu Grunde gehen und die Massen auf ihre Seite bringen.

Wäre Schumacher wirklich ein Marxist gewesen, für den er sich ausgab, hätte er alles daran gesetzt, die Partei zum Sieg zu führen. Doch die selbstverleugerte Zurückhaltung führte dazu, daß schwankende Wähler nicht für die SPD gewonnen werden konnten und die SPD bei verschiedenen Wahlen nicht aus dem 30% Turm herauskommen konnte.

Die SPD wollte ihre Parolen offener gar nicht auf die Probe gestellt sehen. Sie scheute sich, sich nach Kriegsende an die Spitze der spontan reorganisierten Arbeiterbewegung zu stellen und den Kampf für eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft aufzunehmen. Stattdessen ging sie mehr und mehr den Weg der Anpassung.

Sie legte eine kämpferische Haltung an den Tag, als es darum ging, Verwaltungsgestalten zu besetzen. Als sie ihre Zielvorstellung

gen hier nicht verwirklichen konnte, begnügte sie sich mit der Rolle einer "konstruktiven" Opposition.



Bürobesprechung in der Zentrale in Hannover. Von links: Franke, Kurt Schumacher, Ollenhauer.

AUFSCHWUNG

Nachdem so mit der Hilfe der SPD (u. a. Anerkennung des Grundgesetzes) die politischen Voraussetzungen für den Wiederaufbau des kapitalistischen Vorzeilen gesichert waren, regte sich auch bald das wirtschaftliche Leben. Die deutschen Arbeiter hatten mit dem niedrigsten Lohnniveau Europas. Auf dieser Grundlage konnte das "Wirtschaftswunder" entstehen.

Mit zunehmenden Wirtschaftlichen Erfolg verlag die SPD ihre Grundstöße und lief dem Wirtschaftswunder hinterher. Lediglich wurde noch auf die sozialen Ungerechtigkeiten hingewiesen! Parallelen ging man davon aus, daß die Auswirkungen der Erhard'schen Wirtschaftspolitik die Massen von selber ins Lager des Sozialismus treiben würden. Nach außen verzichtete man jedoch darauf, die Grundlagen des Wirtschaftsaufschwung zu erklären, marxistisch zu analysieren und hieraus eine sozialistische Politik abzuleiten. Man hatte das Bewußtsein dafür schärken müssen, daß der Wirtschaftsaufschwung auf Kosten der Arbeiter ging und das ein kapitalistischer Aufschwung nicht von immer öfter auftretenden, immer tieferen Krisen unterbrochen wird.

ANPASSUNG

Von der Parteiführung wurde die Parole herausgegeben, durch die Wirtschaftspolitik der CDU-Rückführung werden die "Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer!". Dies ist in der Tendenz zwar unbestritten richtig, aber als Parole ohne Untermauerung mit einer konsequenten Propaganda und Politik wirkungslos.

Die SPD wollte sich von der Rolle als bewußter Träger der sozialistischen Bewegung lösen. Der letzten Wirtschaftsaufschwung schien die Aufassung der rechten Führung zu bestelligen, daß der Kapitalismus sehr wohl die Bedürfnisse der Arbeiter erfüllen könne. Jetzt wollte man auch die programmatische Ausrichtung der SPD an diese Entwicklung anpassen.

Hatte die SPD in ihrem 1945 verabschiedeten "Dürkheimer Programm" noch Schwerpunkte gesetzt für die Planung und Lenkung der Wirtschaft, machte sie in ihrem "Dortmunder Aktionsprogramm" vom September 1952 eine Wendung um 180 Grad. Jetzt hieß es, daß die SPD neben der Planung den echten Leistungswettbewerb in allen dafür geeigneten Wirtschaftszweigen, sowie "das kleine und mittlere Privatigentum" fördern werde.

VOLKSPARTEI

Die Absicht der führenden Repräsentanten der SPD, "ideologischen Ballast" (Carlo Schmidt) abzuwerfen, wurde in Form von Diskussionsplattformen auf verschiedenen Parteitagen thematisiert.

Auf dem außerordentlichen Parteitag vom 13. bis zum 15. November 1959 in Bad Godesberg wurde schließlich über die neue Linie der SPD abgestimmt. Die Umorientierung von einer Klassenpartei zur Volkspartei wurde von 340 Delegierten unterstützt, 16 waren dagegen. Die Anerkennung des freien Wettbewerbs und der Schutz des Privatigentums (wenn auch unter Einschränkungen) wurden festgeschrieben. Die Wiedererrichtung als notwendig errachtet.

Man könnte ganze Bücher über das Godesberger Programm und seine Auswirkungen schreiben. Soviel aber ist gewiß: es war nur noch die theoretische Rechtfertigung einer längst betriebenen rechten, Anpasserischen Politik. Nach diesem Programm bekamen die Rechten in der Partei erst richtig Oberwasser. Dies lag auch teilweise daran, daß viele Linke, darunter auch ehemalige KPDLer, die Partei verließen, weil sie gerade wegen des alten sozialistischen Programms in die SPD eingetreten waren. Die auch nur etwas weit-sichtigeren Genossen waren in der Minderheit.

Heute steht die SPD abermals vor schwierigen Problemen. Der Wirtschaftsaufschwung, der die materielle Grundlage für die rechte Programmatik der SPD war, ist zu Ende. Damit ist auch die rechte formpolitisch zu Ende, die an steigende Wachstumsraten gekoppelt war. Neue Flügelpunkte sind unvermeidlich. Die SPD wird sich entscheiden müssen zwischen einer unternehmerfreundlichen oder einer konsequent sozialistischen Politik, die wieder an die Traditionen und Erfahrungen der Arbeiterbewegung anknüpft.



LESER

LIEBE AKW - GEGNER!
Wir haben uns sehr gefreut, daß auch VORAN in Bonn vertreten war. Am 14. 10. 1979 fand die bisher größte Demonstration gegen den Bau von AKW's statt.

Aus allen Teilen der BRD waren die Teilnehmer mit Fahrrädern, Bussen, Sonderzügen und PKW's in die Bundeshauptstadt gekommen. Von drei verschiedenen Treffpunkten ausgehend trafen sich die Züge im Hofgarten, der in der letzten Minute doch noch freigegeben wurde. Eher der Vorstizenden der BBU (Bundeseverbund Bürgerinitiativen Umweltschutz) nannte die Zahl von 120.000 Teilnehmern. 120 Organisationen, darunter auch Juso- und Gewerkschaftsgruppen, unterzeichneten den Aufruf der BBU.

Die Demonstration bot ein buntes Bild. Die zahlreichen Bürgerinitiativen, Juso-Gruppen, DKP-Gruppen, Gewerkschaften, sowie andere, kleinere Gruppen marschierten unter bunten, selbstgemalten Transparenten und mit Plakaten mit Aufschriften wie "Ich bin Sozialdemokrat und gegen Atomenergie" oder "Stopp das Bonner Atomprogramm" (DKP) auf Bauch und Rücken. Dabei ist die DKP durchaus nicht gegen AKW's in der DDR und anderen stalinistischen Staaten!

Neben den organisierten Demonstrationsteilnehmern tauchten auch Gruppen von teilweise kumertunt bemalten "Alternativen" auf. Sie sahen den Bau von AKW's nicht als politisches Problem, sondern betrachteten ihn ausschließlich als Umweltgefährdung.

ELKE UND MARION AUS HAMBURG.

*
Liebe VORAN-Leute!
Euer Ansehen, eine linke Zeitung für die zum größten Teil bereits bedenklich korrupte SPD und die Gewerkschaft zu machen, finde ich müßig, richtig und auf jeden Fall zu fördern.

Ich schicke Euch mal 10 DM und möchte Euch bitten, mir noch circa 20 Exemplare Eurer Kernenergie-Sonderausgabe zukommen zu lassen. Solidarische Grüße
RAINER KLEINSCHMIDT

*
LIEBE VOKAN-REDAKTION!

Kurz und bündig wurde ich nach dreieinhalbjähriger Arbeitszeit als frisch gebackene Zahnmedizinische Fachhelferin gekündigt. Während dieser kurzen Zeit wurde mir klar, daß Schule und Arbeitalltag, bzw. Theorie und Praxis zwei Paar Stiefel sind. Meine Erwartung, vom Chef in meinem neuen Berufsweg unterstützt zu werden, blieb aus. Auch die beim Vorstellungsgespräch vom Chef versprochene Vielseitigkeit der Arbeit war nur eine Lüge. Hinzu kamen die individuellen Ansprüche des Arbeitgebers, sein Streben nach Profit.

Die Artikelserie im Spiegel über Zahnärzte bestätigte meine bisherigen Erfahrungen, daß insbesondere junge Zahnärzte schnell zu viel Geld kommen möchten. Dies wird bei den Behandlungsmethoden deutlich. Z. B. fertigen sie mehr protheischen Zahnersatz an, der oftmals recht kompliziert und damit teuer ist, anstatt konservierend, d. h. zahnärztlich zu arbeiten.

Dann hatte ich noch einen Chef, der sparsam mit dem Praxismaterial umging, der z. B. die Zementmenge von Arrhythmieralfalen selber abmisst, damit man nicht zu viel verwendet.

Ich meinerseits kritisiere solche Arbeitgeber, auch in der Gefahr, dafür gekündigt zu werden. Manchmal scheint es mir empfehlenswerter, eine Stelle zu wechseln, als solche Leute zu unterstützen.
GERDA GUGEL

100. Geburtstag von Leo Trotzki

Am 7. November 1879 wurde Leo Trotzki unter dem Namen Leo Davidowitsch Bronstein als Sohn des Landwirts David Leonjewitsch Bronstein auf dem Gut Janowka in der Sudukrairie geboren. Im Jahre 1888 übersteht Leo Davidowitsch nach Odessa. 1896 nimmt er Kontakt mit einer sozialistischen Gruppe auf. Ein Jahr später liest er marxistische Schriften, bekennt sich zum Marxismus und nimmt Kontakt zu Industriearbeitern auf. Er wird Mitbegründer des "Russischen Arbeiterbundes". Auf einem selbstgebastelten Apparat vereweltigten die jungen Revolutionäre eine Flugblattserie unter dem Titel "Nasche Delo" (Unsere Stimme). In "Mein Leben" beschreibt er, wie heiligungstriebe Arbeiter die geheimnisvollen Blättchen mit den Ila Buchstaben lasen, einander weitergaben und haig darüber diskutierten". Anfang 1898 liegt der Arbeiterbund auf; der junge Bronstein wird ins Gefängnis gesteckt und 1900 nach Oststibirien verbannt.

Begegnung mit Lenin

Trotzki erfährt von der Arbeit Lenins, der im Londoner Exil die Parteisitzung Iskra (Der Funke) herausgibt, als Organ der 1898 gegründeten Sozialdemokratischen Partei Rußlands. Die neugegründete Partei schärft ihre theoretischen und politischen Waffen im Kampf gegen die Ideen des Terrorismus, Anarchismus (Streben nach sofortiger Abschaffung jeglicher Staatsform) und Okonomismus (Begrenzung der Arbeiterkämpfe auf rein wirtschaftliche und gewerkschaftliche Forderungen), der Volkstümlicher (Anhängler eines ländlichen 'Agrarkommunismus') und des sogenannten 'Marxismus' ohne revolutionäre 'Gitzähne'. So legt Lenin in seiner 1902 erschienenen Schrift "Was tun?" sein Konzept für die Tätigkeit einer revolutionären Arbeiterpartei dar, einer in politisch und organisatorischer Hinsicht ernsthaft arbeitenden Gruppe.

BUCHENPFLEHLUNG: Leo Trotzki MEIN LEBEN Versuch einer Autobiographie Fischer Taschenbuch Nr. 6258

Lenin erfährt in London von dem begabten jungen Genossen, der schon durch die Qualität seiner Flugblätter bekannt geworden ist und bittet ihn, die Redaktion in London zu besuchen. Trotzki, der inzwischen aus Sibirien geflohen ist, und in der russischen Stadt Samara Kontakt mit der dortigen Iskra-Gruppe aufgenommen hat, macht sich auf den Weg nach London.

In den Jahren vor der faschistischen Machtergreifung 1933 verfolgte Trotzki aus seinem türkischen Exil die politische Entwicklung Deutschlands, die er gekennzeichnet sah durch: 1. Eine tiefe nationale Krise der Klassenherrschaft und Ausweitung der bürokratisch-parlamentarischen Regimes 2. Eine Zersplitterung der Arbeiterklasse in zwei große Lager 3. Das gigantische Anwachsen einer faschistischen Massenbewegung hauptsächlich aus verzweigten Klattbürgern.

Trotzki untersuchte auf hervorragende Weise den Charakter des Faschismus und den Unterschied zwischen Faschismus und "gewöhnlicher" staatlicher Unterdrückung: "Der Faschismus ist nicht einfach ein System von Repressionen, Gewalttaten, Polizeiterror. Der Faschismus ist ein besonderes Staatssystem, begründet auf der Ausrottung aller Elemente proletarischer Demokratie in der bür-

TROTZKI UND DIE Leben und Werk dieses bedeutende

Der 100. Geburtstag von Leo Trotzki ist für uns ein Anlaß, auf diesen Seiten einmal ausführlich Leben und Werk dieses bedeutenden Revolutionärs und Marxisten darzustellen. Viele VORAN-Leser werden wahrscheinlich bisher sehr wenig über Trotzki erfahren haben. Von seinem 18. Lebensjahr bis zur Ermordung durch einen stalinistischen Geheimagenten im Jahre 1940 kämpfte Trotzki für eine weltweite sozialistische Gesellschaftsordnung. Dafür verbrachte er einen Großteil seines bewußten Lebens in Gefängnis, Verbannung und Exil. Er war gleichermaßen gehaht von Anhängern des Zaren, Kapitalisten, Faschisten, bürgerliche Demokraten, rechten Sozialdemokraten und Stalinisten. In der russischen Oktoberrevolution war Trotzki neben Lenin der wichtigste Mann. In den folgenden Jahren leistete er unverzichtbare praktische Arbeit bei der Verteidigung der jungen Sowjetrepublik gegen innere und äußere Bedrohungen. Unter allen Marxisten seiner Generation ragt Trotzki aber auch als ein wissenschaftlicher Sozialist hervor, der es am besten verstand, das von Marx, Engels und Lenin geerbte theoretische Rüstzeug auf die Probleme der Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert anzuwenden.

Parteitag 1903

Trotzki bleibt bis 1903 in London und nimmt als Delegierter am 2. Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands teil. Die Partei ist bis dahin noch formalistisch organisiert gewesen und hat ein buntes Bild geboten aus unterschiedlichen Ortsgruppen Exilgruppen, dem jüdischen Arbeiterbund, den Ökonomen, den Iskra-Genossen und anderen. Dieser Parteitag reißt - von niemandem vorhergesehen - tiefe Gräben in der Partei auf. Aus einer verhältnismäßig zweitrangigen Frage heraus entwickelt sich eine Aufspaltung in zwei Flügel die Bolschewiki um Lenin und die Menschewiki um Martow.

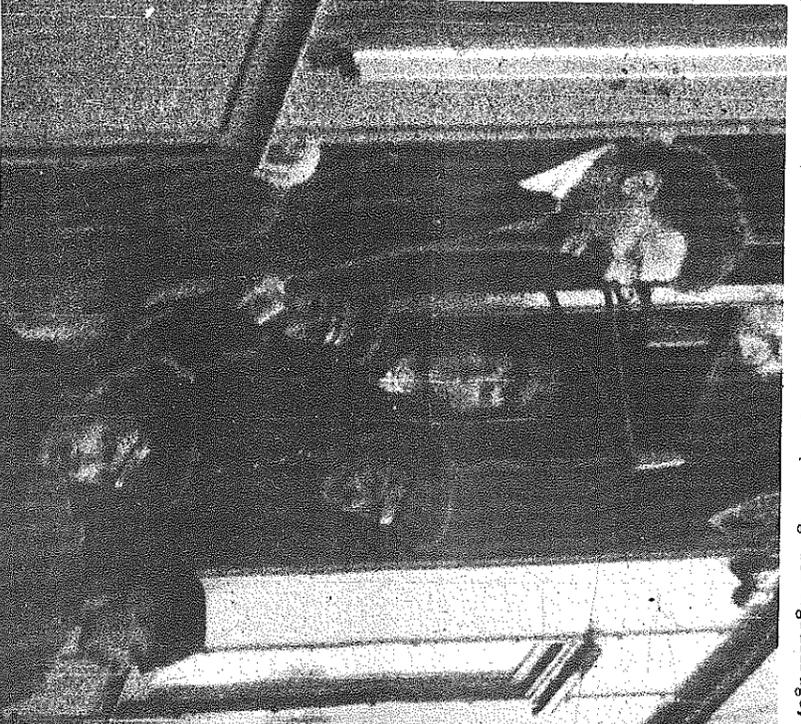
Der Konflikt entbrennt in der Frage der Zusammensetzung der Iskra-Redaktion. Lenins Antrag, die Redaktion auf drei Genossen zu begrenzen, um die Arbeit zu straffen, stößt auf die Empörung Trotzkis und vieler anderer, zumal er den davon betroffenen Genossen freundschaftlich verbunden ist. Dieser Konflikt enternt Lenin und Trotzki voneinander. Trotzki schlägt sich auf die Seite der Menschewiki (von denen er sich aber 1904 wieder trennt) und kritisiert

in seiner Verbitterung scharf das Vorgehen Lenins. Lenin aber, dem es in einer zweitrangigen Frage zur Spaltung kommen konnte, sieht darin die Zerstörung eines hoffnungsvollen Anfangs und ist so schockiert, daß er wochenlang nervlich am Ende und arbeitsunfähig ist (Memoiren seiner Frau). Lenin war alles andere als ein blindwütig fraktionierender Spalter. Er tritt als Chefredakteur der Iskra zurück und bleibt den Posten des Menschewiki an. Später kommt es sogar zu einer vorübergehenden Wiedervereinigung der Partei. 1905 muß er sich mit Entschlossenheit gegen Vorwürfe wehren, er plane, "in der internationalen Sozialdemokratie eine besondere Richtung ins Leben zu rufen, die mit der Richtung Bebels und Kautskys nicht identisch wäre".

1905

Im Januar 1905 ist der russisch-japanische Krieg in Rußland Massennunruhen, Streiks und eine Meuterei auf dem Panzerkreuzer Potemkin aus. Der revolutionäre Funke erfalßt schnell das ganze Land. Im Spätsommer wird in Petersburg (Petrograd) ein Arbeiterrat (Sowjet) gegründet. Trotzki gehört zwar keiner der beiden Fraktionen der Partei an, ist aber als Herausgeber der Zeitungen "Russkaja Gazeta" und "Naschalo" als unabhängiger Journalist und glänzender Organisator unter den

Arbeitern angesehen. Der Arbeiterrat hat insgesamt eine Lebensdauer von 50 Tagen. Er macht sich daran, einen Generalstreik vorzubereiten, Verteidigungskomitees zu bilden und die Arbeiterklasse in den großen Städten zusammenzufassen. Schließlich wird Trotzki zum Vorsitzenden des Arbeiterrates gewählt. Während er eine Sitzung des Sowjets leitet, dringt die Polizei ein und verhaftet die Mitglieder des Arbeiterrates. "Seine (Trotzkis) Popularität im Petersburger Proletariat war in jener Zeit sehr groß und stieg noch mehr in Folge seines ungewöhnlich wirkungsvollen und heroischen Verhaltens vor Gericht. Ich muß sagen, daß die Jahre 1905-06 Trotzki, trotz seiner Jugend, unter allen sozialdemokratischen Führern als am besten vorbereitet vorgefunden haben. . . ", schreibt später der Genosse Lunatscharski in seinem Buch "Sihouetten".



17. Mai 1917: Trotzki kommt in Petrograd an. Im August wird er in das bolschewistische Zentralkomitee gewählt. Er leitet den Oktoberaufstand

FASCHISMUS IN DEUTSCHLAND

genischen Gesellschaft. . . Dazu ist die physische Ausrottung der revolutionären Arbeiterschicht ungenügend. Es heißt, alle selbständigen und freiwilligen Organisationen zu zerrüttern, alle Stützpunkte des Proletariats zu zerstören und die Ergebnisse eines dreiviertel Jahrhundert Arbeit der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften zu vernichten. Denn auf diese Arbeit stützt sich in letzter Instanz auch die kommunistische Partei."

Die einzige Kraft, die den Faschismus hätte schlagen können, wäre eine von unten her vereinigte Arbeiterbewegung gewesen. Doch: "Für den Fall wirklicher Gefahr setzt die Sozialdemokratie ihre Hoffnungen. . . auf die preußische Polizei. Eine tugendische Rechnung!" bemerkte Trotzki treffend. Doch die sozialdemokratischen Arbeiter wollten kämpfen. Aber: "Die Politik der Kommunistischen Partei lößt ihnen kein Vertrauen ein, nicht, weil die kommunisti-

sche Partei eine revolutionäre Partei ist, sondern weil sie nicht an ihre Fähigkeit glauben, den revolutionären Sieg zu erringen, und ihren Kopf nicht umsonst riskieren wollen. " Von der KPFD forderte Trotzki eine Politik der Einheitsfront, das heißt, die KPFD müßte der SPD und Gewerkschaftsführung "ein Kampf- abkommen gegen den Faschismus vorschlagen. . . von unten herauf bis zu den Spitzen". Nur so im Kampf selbst, hätte die KPFD die Millionen schwankender sozialdemokratischer Arbeiter auf ihre Seite ziehen und die Spaltung der Klasse überwinden können. Aber die KPFD-Führer ließen sich in ihrer Politik von fatalen Fehleinschätzungen leiten. Für sie bestand zwischen der bürgerlichen Notverordnungs-Regierung Brüning und dem Hitlerfaschismus kein Unterschied. Dazu Trotzki: "Die Weisen, die sich rühmen, daß sie keinen Unterschied zwischen Brüning und Hitler" kennen, sagen

Trotzki selbst schreibt über seine erste Bewährungsprobe als Revolutionär: "Im Leben Rußlands war die Revolution von 1905 die Generalprobe für die Revolution von 1917. Die gleiche Bedeutung hat sie auch in meinem Leben gehabt. . . ." Das Jahr 1906 verbringt Trotzki wie viele Revolutionäre im Gefängnis. Er befaßt sich ausführlich mit den Lehren der Ereignisse von 1905 und entwickelt daraus die Idee der 'Permanente Revolution'. Der russische Kapitalismus, so erklärt er, ist zu spät auf der Bildfläche erschienen und ist zu schwach, um den Zartismus zu stützen. Er ist durch tausend Barde mit Großgrundbesitz, Zartismus und internationalen Kapitalismus verflochten. Nur eine Arbeiterregierung mit Unterstützung der armen Bauern kann die Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution (Lösung der Agrarfrage, man verkündet hatte: "Wir Kommunisten lehnen mit den SPD-Führern jede Gemeinschaft ab!". Eben weil die KPFD Führer den grundsätzlichen Unterschied zwischen Faschismus und anderen Herrschaftsformen nicht erkennen wollten, blieben sie noch nach Hitlers Regirungspolit passiv und abwartend, in der Hoffnung, der Faschismus werde sich schon selbst entlarven und abwärtsfallen und dann werde die Stunde der KPFD andbrechen. Trotzki's Schriften aus jenen Tagen zeugen von hervorragendem Einblick in die Entwicklungen der Gesellschaft in Deutschland. Waren sie ernstgenommen worden, dann hätte nicht nur der deutsche Faschismus geschlagen, sondern auch der zweite Weltkrieg verhindert werden können. . . . Leo Trotzki, WIE WIRD DER NATIONALSOZIALISMUS GESCHLAGEN? Europäische Verlagsanstalt Frankfurt/M.

ARBEITERBEWEGUNG

Revolutionärs und Marxisten

VON HANS-GERD ÖFINGER



T R O T Z K I baute aus dem Nichts die Rote Armee auf und vor bis 1925 Kriegskommissar in der Sowjetregierung.

Ausweisung

1929 wird Trotzki gewalttätig in die Türkei ausgewiesen.

Von 1933 bis 1937 wird er als Staatenloser in Frankreich und Norwegen hin- und hergeschoben, gehetzt und gejagt. Ab 1937 verbringt er seine letzten Lebensjahre in Mexiko.

Nachdem schon einzelne Mitglieder seiner Familie von den Stalinisten in den Tod getrieben wurden, gelingt es schließlich auch, einen stalinistischen Agenten in Trotzki's Umgebung einzuschleusen. Am 20. August 1940 erschlägt dieser ihn mit einem Eispickel.

Trotz schwerster Bedingungen, Krankheit und Not verfaßt er gerade in jenen Jahren zahlreiche wichtige Bücher und Schriften, so über Deutschland, Frankreich und Spanien, die "Verrätene Revolution", Schriften über den bevorstehenden Weltkrieg, eine Stalin-Biographie.

zur Machteroberung durch die Arbeiterklasse.

Als Lenin Anfang April 1917 in Petrograd ankommt, muß er erst feststellen, daß die bolschewistische Zeitung "Pravda", unter der Führung von Stalin und Kamenev, zur "kritischen Unterstützung" der provisorischen Regierung und zur Vaterlandsverteidigung aufrief.

Lenin erreicht es durch harten und zähen Kampf, die Partei wieder auf die Linie der gnadenlosen Kritik an der provisorischen Regierung zu bringen.

Einen Monat später, am 17. Mai, kommt Trotzki in Petrograd an. Zunächst arbeitet er mit der "Zwischengruppe" (Interdiktierter) zusammen.

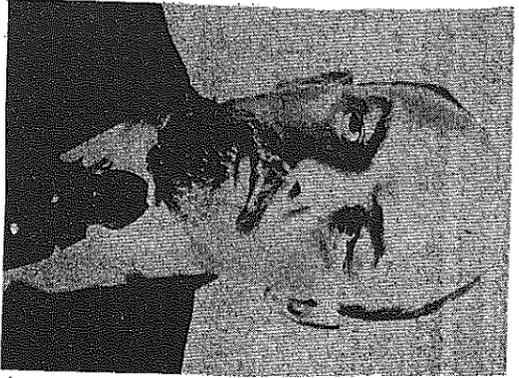
Leo Trotzki: GESCHICHTE DER RUSSISCHEN REVOLUTION 3 Bände Fischer Taschenbuch 6604

Im Sommer vereinigen sich die Bolschewiki mit der Zwischen-gruppe. Auf den Parteitag im August, der eine Entscheidung für die Machteroberung bringt, wird Trotzki in das Zentralkomitee gewählt.

Aufstand

Trotzki, dessen Popularität unter den Petrograder Arbeitern wegen seiner Rolle in der Revolution von 1905 ungebrochen ist, wird am 6. Oktober zum Vorsitzenden des Petrograder Sowjet gewählt. Inzwischen hat sich das Kräfteverhältnis zugunsten der Bolschewiki gewandelt, weil nur sie es verstanden, in klaren und einfachen Parolen die Bedürfnisse der Arbeiter und Bauern aufzugreifen und ihre unversöhnliche Kritik an der Regierung Kerenski bei breiten Schichten als richtig erkannt wird. Das Zentralkomitee beschließt die Durchführung des Aufstands.

Trotzki leitet als Vorsitzender des Militärischen Revolutionskomitees die Machteroberung in Petrograd. Der Aufstand greift auf andere Industriezentren des Landes über.



LEONID BREZHNEV (1906-1982) arbeitete in den entscheidenden Jahren ab 1917 eng mit Trotzki zusammen.

Am ersten Jahrestag des Oktoberaufstands kommt Stalin zu der Feststellung: "Die gesamte Arbeit der praktischen Vorbereitung des Aufstandes verläuft unter der direkten Leitung des Petrograder Vorsitzenden des Sowjet, Trotzki's. Man kann mit Bestimmtheit behaupten, daß die Partei den schnellen Übergang der Garnison auf die Seite der Sowjets und die richtige Organisierung der Arbeit des Revolutionskriegskomitees vor allem und hauptsächlich dem Genossen Trotzki verdankt."

In den Monaten und Jahren nach dem Oktoberaufstand wird die junge Sowjetrepublik vor schwerer Bewährungsproben gestellt:

Im Bürgerkrieg versucht die herrschende Klasse, die Macht zurückzuerobern. 21 imperialistische Armeen dringen von allen Seiten vor, um die Revolution zu zerstören. Die Wirtschaft ist zertrümmert, Hungernöte kosten unzählige Menschenleben. Gerade in diesen schweren Zeiten ist Trotzki an den Brennpunkten im Einsatz: zunächst als Außenminister der neuen Regierung unter Lenin, dann bis 1925 als Kriegskommissar.

Hier baut er sozusagen aus dem Nichts die Rote Armee auf. Den Großteil der Jahre bis 1920 verbringt er in einem Sonderzug, worin er von Frontabschnitt zu Frontabschnitt eilt und die Aktionen der Armee leitet. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß die Rote Armee ohne seinen unermüdlichen Einsatz kaum den Sieg über den inneren und äußeren Feind errungen hätte.

Internationale

Lenin und Trotzki richten auch in dieser Zeit - neben der Verteidigung der revolutionären Errungenschaften - ihr Hauptaugenmerk darauf, die internationale Revolution voranzutreiben.

1919 wird in Moskau die Kommunistische Internationale gegründet, die innerhalb weniger Jahre zu einem mächtvollen Zusammenschluß zahlreicher kommunistischer Massenparteien wird, deren Führung und Massenbasis sich fast durchweg aus den Reihen der Sozialdemokratie heraus bilden.

Trotzki findet neben seinen riesigen praktischen Aufgaben noch genügend Zeit, um Manifeste und Resolutionen der Kommintern zu verfassen.

Doch die Hoffnung auf eine Revolution in einem fortgeschrittenen kapitalistischen Industrieland erfüllt sich nicht. 1923 muß Trotzki mitansehen, wie eine erneute revolutionäre Welle in Deutschland übergeht, ohne daß die Kommunistische Partei daraus praktische Konsequenzen zieht.

Bürokratie

Die Isolation der russischen Revolution sowie die wirtschaftliche und kulturelle Rückständigkeit des Landes, die Erschöpfung der Arbeiterklasse und ihre Ausblutung durch Krieg und Bürgerkrieg schaffen Bedingungen, unter denen die Bürokratie des riesigen Staates Auftrieb bekommt und sich immer weiter verfestigt.

Lenin greift diese Tendenzen in den letzten Jahren und Monaten seines Lebens offen und ehrlich auf. Er kommt zu der Schlußfolgerung, daß nicht die Kommunisten den riesigen Staatsapparat lenken, sondern der Apparat sich allmählich der Kommunisten bemächtigt. Stalin gehört zwar zur Gruppe der Alkoholischen und Anhänger Lenins, war aber weder vor noch während der Revolution durch eigenständige theoretische Beiträge hervorgeraten. Stalins Fähigkeiten liegen vielmehr im Bereich des Apparats. Dort nutzt er seine Position aus, um eine Clique von Anhängern um sich zu scharen.

Trotzki wird immer weiter isoliert. Tausende, Zehntausende alter Bolschewiki und Anhänger der 1927 von Trotzki gegründeten Linken Opposition werden aus der Partei entfernt, nach Sibirien verbannt und schließlich hingerichtet.

Wie kam es zum Stalinismus?

Lenin und Trotzki hatten erkannt, daß die materiellen Voraussetzungen für den Sozialismus zwar auf Weltbene vorhanden wären, nicht aber in Rußland alleine.

Die russische Revolution blieb isoliert. Der junge Arbeiterstaat hatte eine riesige zaristische Staatsbürokratie geerbt, Beamte, Fachleute und Akademiker, auf deren Mitarbeit zunächst nicht verzichtet werden konnte.

Die offene Konterrevolution konnte sich jedoch auch nicht durchsetzen und die alten, revolutionären Eigentumsverhältnisse widerherstellen. Auf der anderen Seite war die russische Arbeiterklasse Anfang der 20er Jahre nach jahrelangem Krieg und Hunger geschwächt, erschöpft und gleichgültig geworden, also keineswegs stark genug, um als neue herrschende Klasse unangesehen die politische Macht auszuüben.

In dieses Machtvakuum konnte die Bürokratie eindringen. Karrieristische Elemente, die 1917 gegen die Revolution gekämpft oder sich irgendwo hin verkröchen hatten, strömten in die Partei. Stalin wurde - zunächst unbewußt - zu ihrem Sprachrohr.

Unter seiner Führung kehrte die Sowjetunion und die Kommunistische Internationale vom Internationalismus Lenins ab und stellte die Parole vom "Aufbau des Sozialismus in einem Land" auf. Im Laufe der späten 20er und 30er Jahre wurde in verschiedenen Schritten jegliche Opposition und die gesamte alte Garde der bolschewistischen Partei ausmanövriert, verbannt und ausgerottet. Anfanglich waren die Privilegien der Bürokratie im Vergleich zur Masse der Bevölkerung noch relativ gering, da die am Boden liegende Volkswirtschaft noch nicht mehr zuleide.

Nach der Einführung der 5-Jahres-Pläne legten jedoch die riesigen wirtschaftlichen Fortschritte gerade auch die Grundlagen für ein Anwachsen der Bürokratie, der Privilegien und damit auch der sozialen Gegensätze.

Natürlich, so erkannte Trotzki, ist auch die Bürokratie regelmäßig gewungen, Kampagnen von oben gegen den "Bürokratismus" zu starten und einzelne Bürokraten zu opfern - als Stundenlöhne. Dies

Bis zu seinem letzten Tag hat er eines nicht aufgegeben: revolutionären Optimismus und Zuversicht. In seinem Testament schreibt er wenige Monate vor der Ermordung: "Ich werde als proletarischer Revolutionär, als Marxist, als dialektischer Materialist und folglich als unbetruhrer Atheist sterben. Mein Glaube an eine kommunistische Zukunft ist heute noch stärker als in meiner Jugend... Das Leben ist schön. Die kommende Generation möge es reinigen von allem Bösen, von Unterdrückung und Gewalt und es voll genießen."

hat aber gar nichts zu tun mit einer Rückkehr zu einer Atmosphäre der offenen und freien Kritik, ohne die eine Arbeiterdemokratie nicht leben kann.

Trotzki geht in seinem 1936 erschienenen Buch "Die verrätene Revolution" auf die Frage ein, ob die UdSSR "staatskapitalistisch" genannt werden könnte. Dies ist nicht zulässig, stellt er fest, denn das Staats Eigentum an Produktionsmitteln ist von der proletarischen Revolution erkämpft und von der Bürokratie bisher nicht angetastet worden, wenngleich auch die politische Macht in den Händen dieser privilegierten Schicht liegt.

"Die Bürokratie hat weder Aktien, noch Obligationen... Der einzelne Beamte kann seine Ansprüche auf Ausbeutung des Staatsapparates nicht weitervererben... Doch das Vererbungsrecht ist vom Eigentumsrecht nicht zu trennen. Es genügt nicht, Direktor eine Trusts (Unternehmensgesellschaft - Anm. d. Verf.) zu sein, man muß Teilhaber sein. Ein Sieg der Bürokratie auf diesem entscheidendem Gebiet würde bedeuten, daß sie sich in eine neue Besitzende Klasse verwandelt hat".

Aus seiner gesamten Analyse heraus ist für Trotzki eine neue Revolution in der Sowjetunion unvermeidlich, keine soziale (weil das Staats Eigentum an Produktionsmitteln bestehen bleibt), sondern eine politische Revolution zum Sturz der Bürokratie und zur Wiedererrichtung einer echten Arbeiterdemokratie mit Merkmalen wie sie bereits Lenin als Grundzüge eines sozialistischen Staates nannte:

- kein Partei- oder Gewerkschafts funktionär darf mehr als den durchschnittlich... Lohn... erhalten, alle Funktionäre werden demokratisch gewählt und sind jederzeit abwählbar, kein stehendes Heer, sondern bewaffnetes Volk, keine dauernde Staatsbürokratie sondern ein rollierendes System - "jede Köchin soll Ministerpräsident werden können"

Leo Trotzki VERRÄTENE REVOLUTION zu beziehen über: Verlag Friedrich Kröhnke, Postlagernd, 46 Dortmund 1

Weltkrieg

Die Entwicklung des Ersten Weltkrieges bringt Lenin und Trotzki politisch wieder einander näher.

Beide kommen zur Schlußfolgerung, daß die Unterstützung der jeweiligen nationalen Kriegspolitik durch einen Zusammenbruch der Sozialistischen Internationale entsprechend sein. Beide erkennen die Notwendigkeit, alle eckten revolutionären Internationalisten zusammenzufassen. Beide nehmen an einer internationalen sozialistischen Konferenz im September 1915 im Schweizer Bergdorf Zimmerwald teil.

Trotzki verlässt das Zimmerwald der Manifest: "Proletariat! Seit Ausbruch des Krieges habt ihr eure Tatkraft, euren Mut, eure Ausdauer in den Diensten der herrschenden Klassen gestellt. Nun gilt es, für die eigene Sache, für die heiligen Ziele des Sozialismus, für die Erlösung der unterdrückten Völker, wie der geknechteten Klassen einzutreten und den unversöhnlichen proletarischen Klassenkampf."

Februarrevolution

Anfang 1917 erfahren beide Lenin in Zürich und Trotzki in New York vom Ausbruch der russischen Februarrevolution, die zur Abdankung des Zaren geführt hat.

Die Arbeiterklasse hat zwar die Februarrevolution durchgeführt und faktisch die Macht in den Händen. Aber die Führer der Arbeiterparteien fordern über die Arbeiterkräfte die Bildung einer provisorischen Regierung des liberalen Bürgertums, der sie ihre Unterstützung zusagen. Andererseits jedoch verbleibt die entscheidende Kontrolle über die Betriebe, Arbeitermittel und eine wachsende Zahl von Armee- und Marineeinheiten in den Händen der Arbeiterräte.

Doch die neue provisorische Regierung erweist sich sehr schnell als völlig unfähig, auch nur ein grundlegendes Problem anzupacken: Friede, Aufteilung des Landes an die Bauern, Abschaffung der Leibeigenschaft...!

Lenin und Trotzki kommen Anfang 1917, ohne daß sie zueinander Kontakt hatten, zu der selben Schlußfolgerung: Die Februarrevolution müsse zwangsünftig und unmittelbar zu einer zweiten russischen Revolution führen, nämlich

Parteitag der Labour Party



WENDEPUNKT FÜR DIE BRITISCHE ARBEITERSCHAFT

Der Parteitag der britischen Labour-Party Anfang Oktober hat großes Aufsehen in der internationalen Presse sowie viel Interesse unter Kollegen und Genossen in der BRD und anderswo erregt... und mit Recht! In vieler Hinsicht markierten die Beschlüsse und Debatten dieses Parteitages einen Wendepunkt in der Geschichte der Partei sowie der gesamten britischen Arbeiterbewegung.

Innereparteiliche Demokratie

Der Beschluß, der den rechten Flügel der Labour-Party am meisten in Panik versetzt hat, ist eine Satzungsänderung in Richtung mehr innerparteiliche Demokratie. Bisher wurden Abgeordnete, nachdem sie einmal von der Partei gewählt worden waren, bei jeder Parlaments- oder Kommunalwahlen automatisch wieder als Kandidaten aufgestellt, ohne sich erneut der Mitgliedschaft stellen zu müssen. Sie waren Abgeordnete 'auf Lebenszeit'. Der demokratische Grundsatz, daß Abgeordnete sich einer Wiederwahl durch die Wähler stellen müssen, ist eine Lebensnotwendige - wenn auch nicht die einzige - Voraussetzung dafür, daß die Interessen der Mitglieder und Wähler im Parlament vertreten werden.

Einen weiteren Schritt in Richtung mehr Demokratie tat der Parteitag mit dem Beschluß, daß das Wahlprogramm der Partei nicht mehr einzig und allein das "Privateigentum" des Parteiführers sein sollte, sondern daß es ab jetzt vom gewählten Parteivorstand, dem NEC (National Executive Commi-

tee) verabschiedet werden soll. Dieser Beschluß trägt der Meinung der meisten aktiven Parteimitglieder Rechnung, daß die kapitalfreundliche Regierungspolitik der letzten Labour-Regierung unter Callaghan, sowie das Wahlprogramm für die Wahlen 1979, das die gleiche Politik vorsah, erheblich zur Wahlniederlage der Partei beitrug.

Diese Maßnahme soll garantieren, daß das politische Programm der Mehrheit der Delegierten auf dem Parteitag in den zukünftigen Wahlmanifester zur Geltung kommt - und nicht die private Überzeugung eines vom kleinen parlamentarischen Kreis ernannten Parteiführers.

Wahl des Parteiführers

Auch das Verfahren bei der Wahl des Parteiführers (ausschließlich durch die Parlamentsfraktion) ist ein Hindernis auf dem Wege zur innerparteilichen Demokratie und stand auf diesem Parteitag zur Debatte. Diesmal wurde jedoch ein Antrag, den die linke Mehrheit der Partei um Tony Benn und der marxistische Flügel um "Militant" unterstützten hatten, noch abgelehnt: Sie hatten gefordert, den Parteiführer zukünftig von einem Gremium aus Abgeordneten, NEC und Gewerkschaftsdelegierten wählen zu lassen. Daran steht man wieder, wie undemokratisch die Labour Party zum Teil noch ist, selbst verglichen mit anderen sozialdemokratischen Parteien.

Insgesamt gesehen bedeutet jedoch selbst die kleine Demokra-

tisierung der LP-Satzung eine Eingrenzung des Manövrierraums für rechte abgehobene Parteifunktionäre, und wird schnell dazu führen, daß junge und den Willen der Basis respektierende Abgeordnete die "alte Garde" verdrängen werden.

Radikalisierung der Parteibasis

In diesem Sinne war der Parteitag wirklich ein Alptraum für manchen Parteirechten sowie für manchen Kapitalisten! Angesichts der katastrophalen finanziellen und sozialen Lage vieler Arbeiter und ihrer Familien können diese neuen Maßnahmen die Partei in ein kämpferisches Organ der Arbeiterbewegung umwandeln. Daher stehen jetzt Parteirechte und -linke am Scheideweg. Die Radikalisierung unter der Arbeiterchaft als Folge der brutalen Entlassungen und Inflationspolitik von Thatchers konservativer Regierung wird sich voll auf die politische Auseinandersetzung in der Partei niederschlagen. Nicht von ungefähr wurde der Antrag, wichtige Teile der Banken, Kredit- und Versicherungsgesellschaften zu verstaatlichen, sowie die Zahl der verstaatlichten Betriebe etwa im Stahl-, Automobil- und Schiffbaubereich auszuweiten, auf diesem Parteitag mit grosser Mehrheit beschloßen. Die Linken um Tony Benn erkennen, daß die einzige Lösung zur Arbeitslosigkeit die Verstaatlichung weiterer Betriebe ist - aber der Antrag hört eigentlich gerade dort auf, wo er beginnen soll.

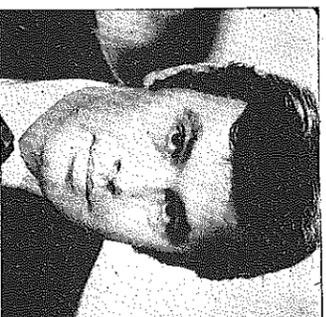
Wirtschaftskontrolle

In der wohl wichtigsten Debatte über "die zukünftige Politik und Perspektiven" der Labour-Party schilderte Benn eindrucksvoll den katastrophalen Abbau britischer Industrie durch die Macht der Banken und multinationalen Konzerne. Allein ihr Vorhaben in den ersten wichtigsten Branchen der verarbeitenden Industrie wie Automobilindustrie, Schiffbau und Stahlherzeugung 75 000 Arbeitsplätze "wegzunehmen", zeige die kaltdüchtige Rücksichtslosigkeit dieser Herren des Kapitals. Um diesen Abbau zu stoppen, müßten die Investitionspläne der Banken und Finanzgesellschaften unter streng, öffentliche Aufsicht gebracht werden. Einfuhrkontrollen müßten eingerichtet werden, damit der britischen Industrie die Chance gegeben werden könne wieder auf dem Weltmarkt behaupten zu können. Zudem sollten die öffentlichen Dienste ausgebaut und das Oberhaus im Parlament mitraut der Monarchie abgeschafft werden, damit die Gesetzgebung des eigentlichen Parlaments, des Unterhauses, nicht mehr behindert werden könne.

Utopisches Reformprogramm

Dieses linksreformistische

Mir berichten auf dieser Seite über zwei wichtige Parteitage von sozialistischen Parteien, die in ganz Europa Beachtung gefunden haben. Beide Artikel von FELICITY BULL (SPD KÖLN MITTE)



führt, die sich auch auf die innerparteiliche Entwicklung der PSOE auswirkte: Die neu eingetretenen kämpferischen Arbeiter und Junggenossen sahen, daß der Kapitalismus keinen Ausweg aus ihren täglichen Problemen anbietet. Vor 3 Jahren wurde daher die marxistische Grundlage des Parteiprogramms bekräftigt.

Parteiausschlüß

Wenn die Parteiführung mit- samt Gonzalez - der damals auch stolz darauf war, "Marxist" zu sein - nicht vor der Macht zurückgeschreckt wäre, dann hätte die PSOE mit klarem sozialistischem Programm in Zusammenarbeit mit der PCE (Kommunistische Partei Spaniens) die ersten Parlamentswahlen 1977 gewinnen können. (Die PSOE hatte damals 28,5% der PCE über 7% und die UCD unter Suarez 34,3% der Stimmen erlangt). Um sich aber ein Image als "unständliche Volkspartei" zuzulegen, schaltete die Parteiführung immer mehr "unbequeme" Ortsgruppen und Mitglieder der Jungsozialisten (JSE) aus, die in der Partei für ein offensives sozialistisches Programm kämpften. Am stärksten standen damals die Marxisten um die Zeitung NUEVO CLARIDAD unter Beschuldigung. Sie hatten bereits eine breite Unterstützung für ihre Ideen gewonnen und wären in der Lage gewesen, die Mehrheit der Sitze im National-

Programm hört sich tiefgreifend, fast revolutionär an. Es ist der Versuch, Reformen mit staatlichen Maßnahmen abzuschern. Aber es läßt einen lebenswichtigen Faktor außer Acht - die Macht des Kapitals. Dieses Reformprogramm ist eine totale Herausforderung an das britische Kapital. Doch das Kapital kann und will das nicht erfüllen. Solange noch die Betriebe, Banken und Versicherungsgesellschaften den Unternehmen und Monopolkonzernen gehören, werden sie auch das Sagen haben. Deshalb müssen diese Schlüsselindustrien verstaatlicht und unter der Verwaltung gestellt werden! Erst dann können die Investitionen tatsächlich gelenkt werden, kann die Arbeitszeit auf 35 Stunden in der Woche heruntersetzt werden und können die Industrie und öffentlichen Dienste ausgebaut werden. Dies war der Inhalt eines Antrages von Anhängern des marxistischen Flügels um "MILITANT", der zur Debatte stand und von der linksreformistischen Mehrheit abgelehnt wurde. Aber es wird immer deutlicher, daß der ideologische Kampf um die Politik, die herbeiführen kann, nicht mehr zwischen "Linken" und "Rechtsausgetragenen" wird, sondern zwischen den linksreformistischen und den Marxisten. Es wird auch eine Auseinandersetzung sein, die entscheidend sein wird für die Zukunft der ganzen Arbeiterbewegung und ihrer Partei in Großbritannien.

Aussichten

Auch die PSOE wird sich dieser Radikalisierung nicht entziehen können, trotz bürokratischer Maßnahmen. Ein derart undemokratisches und vor allem unpolitisches Vorgehen kann den Vormarsch der Marxisten und anderer oppositioneller Kräfte in der Partei nur vorübergehend aufhalten. Das Programm des Marxismus ist das einzige Programm, das die sozialen Probleme der spanischen Bevölkerung endgültig beseitigen kann. Deshalb wird auch ein braver Felipe Gonzalez nicht verhindern können, daß dieses Programm von immer größeren Teilen der Mitglied- und Anhängerenschaft auf die Tagesordnung gesetzt wird.

EN SPANISCHES GODESBERG?

Auf dem außerordentlichen Kongreß der Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens (PSOE), der Anfang Oktober stattfand, scheint es der Führung gelungen zu sein, die politischen und personalen Beschlüsse des vorhergehenden 28. ordentlichen Kongresses auf den Kopf zu stellen. Ihr Führer, einst feuriger "Marxist", Felipe Gonzalez mußte auf dem 28. Kongreß im Mai eine persönliche und politische Niederlage hinnehmen. Er wollte mit Unterstützung der Parteispitze die marxistische Grundlage aus dem Parteiprogramm streichen. Die Mehrheit der Delegierten war dagegen. Gonzalez nahm seinen Hut. Die Partei hatte einige Monate lang keinen Führer.

"Geschumpfter" Parteitag

Doch der Oktober-Kongreß wählte Gonzalez erneut, diesmal mit großer Mehrheit, in das Amt des Partei-Generalsekretärs. Wie ist das zu erklären? In der Zeit zwischen den Kongressen bereiten einige Spitzenfunktionäre jene Provingen, die aus ihrer Sicht als "zuverlässig" gelten. Nach ihrer Reise sah die Zusammensetzung und Zahl der Delegierten plötzlich etwas anders aus als auf dem Kongreß im Mai. Diesmal nahmen nicht knapp 1000 Delegierte, sondern nur 400 am Kongreß teil. Fast 80% der Delegierten waren Beamte, Abgeordnete, Bürgermeister, höhere Angestellte, Studenten oder Hausfrauen. Arbeiter waren kaum vertreten. Vergleichbar mit dem Mai-Kongreß

hatte die Parteibasis diesmal kaum einen Delegierten. Man kommt kaum an dem Verstand vorbei, daß die Funktionen der rechten Mehrheit die Rückkehr von Gonzalez mit bürokratischen Maßnahmen hinter den Kulissen durchgepeitscht haben. Denn die Zahl der Parteimitglieder, die die rechte reformistische Linie von Gonzalez nicht unterstützen, dürfte ein Viertel der gegenwärtig rund 100 000 Mitglieder ausmachen.

Doch über 85% der Delegierten stimmten wieder herzhaf für Gonzalez - dank neu eingeführter organisatorischer Regelungen. Beim Parteitag im Mai habe sich die Aufmerksamkeit der Delegierten derart auf die Frage der marxistischen Zielsetzung konzentriert, daß die Parteiführung nebenbei eine Satzungsänderung durchdrücken konnte, deren Folgen den Delegierten zu spät deutlich wurden: Die Kongreßdelegierten werden nicht mehr von den einzelnen Ortsgruppen gewählt, sondern von den viel abgehobeneren Provinzbezirken. Außerdem wurden die Stimmen im Block von jeweiligen Stimmgabe gegeben und nicht durch jeden einzelnen Delegierten.

Aber trotz dieser Stimmverhältnisse zugunsten der Parteiführung ist doch nicht alles so gelautet, wie Gonzalez und seine Leute es sich hätten wünschen können. Nach wie vor bleibt der Marxismus die programmatische Grundlage der Parteipolitik - allerdings mit Abstrichen: jetzt hat jeder Mann die "Freiheit, nach eigenem

Außerordentlicher Kongreß der PSOE

Der spanische Sozialistenführer GONZALEZ will aus der Partei eine zahme sozialdemokratische noch deutschem Muster machen.

Gewissen zu entscheiden". Der Versuch, ein "spanisches Godesberg" in der Partei herbeizuführen, wird nicht gelingen. Das Godesberger Programm der SPD von 1959 war ein entscheidender Schritt in Richtung bürgerlicher Anpassung. Dieser Schritt konnte nur wegen der damaligen wirtschaftlichen Konjunktur vollzogen werden.

Probleme der Arbeiter

Trotz der "Demokratisierung" Spaniens, die seit Francos Tod angeht von der Regierung des "Demokratischen Zentrums" unter Suarez durchgeführt wird, ist kein einziges Problem der Arbeiter und Bauern grundlegend gelöst worden. Sie haben nicht mehr mit Francos Polizeiterror zu kämpfen, und die Arbeiterteile sind in aller Öffentlichkeit arbeiten; aber was Arbeitslosigkeit, soziale Unterdrückung vom Staat und Inflation - die drei wichtigsten Probleme - angeht, hat sich nichts geändert. Im Gegenteil: "Dank" der Lohnrücknahmepolitik der Regierung, unterstützt von Gewerkschafts- und Parteiführung, und angesichts der Kapitalflucht, wobei Tausende von Betrieben jährlich dichtmachen, hat sich die wirtschaftliche, soziale und politische Lage in Spanien nur verschlechtert. Dies hat in den letzten 3 Jahren zu einer weitgehenden Radikalisierung in der Bevölkerung ge-

VORAN

ERFOLGREICH IN HAMBURG

EN LOHN-AUFSCHLAG UND NICHTS ANDERES

Am 4. Oktober veranstalteten Mitarbeiter und Anhänger unserer Zeitung in Hamburg einen Diskussionsabend zum Thema Lohn-Nachschlagsforderungen. Einer der Referenten war Jürgen Bretschneider, Betriebsratsvorsitzender der Metallfirma Ortmann & Herbst, deren Belegschaft im August einen Lohnzuschlag in Höhe von 3,5 % durchsetzte.

Bei Ortmann & Herbst sind über 500 Kollegen beschäftigt. Jürgen ist in der Firma seit 1964 Vertrauensmann gewesen. 1972 wurde er Mitglied des Betriebsrats und ist heute dessen Vorsitzender. Außerdem gehört er der SPD an; als Unterbezirksdelegierter vertritt er einen Hamburger Ortsverein. Er schilderte uns, wie die Kollegen der Geschäftsleitung die Nachschlagszahlung abtrotzten:

"Wir im Betriebsrat meinen, wir machen eine ziemlich konsistente Interessenspolitik für unsere Kollegen. In der Vergangenheit haben wir schon oft - eigentlich fast jedes Jahr - Mehrforderungen ausgestellt. Und das lief im Prinzip auch immer ganz gut.

Aber im letzten Jahr (1978) gab es von Seiten der Geschäftsleitung mehr Widerstand als sonst. Auf Initiative des Vertrauenskörpers haben wir dann im gewerblichen Bereich 'mal die Klammotten fallen lassen. Das dauerte einen ganzen Tag, bis Feierabend. Zusätzlich haben wir auch noch den NDR und die 'Morgenpost' informiert. Das war für die Geschäftsleitung natürlich ein Hammer.

Die Kollegen standen dichtgedrängt auf dem Hof, und einer von der Geschäftsleitung ist vor Schreck mit seinem Auto gegen eine Absperrung gefahren. Da haben natürlich alle gelächelt, und er hat wohl gedacht, die Weltrevolution wäre ausgebrochen. Und dann haben sie auf einmal unserem Druck nachgegeben und unsere Forderung nach 80 Pfg. Aufschlag pro Stunde akzeptiert.

In diesem Jahr habt ihr ja selbst miterlebt, wie schlimm die Teuerung gewesen ist. Schon im April/Mai war abzusehen, daß die Preissteigerungen auf jeden Fall unsere mageren Lohnerbhöhungen aufwessen würden. Daraufhin sind wir wieder zur Geschäftsleitung gegangen und haben gesagt: 'Hört 'mal zu, Freunde, so geht das nicht! Wir brauchen mehr Geld!' Die wollten das dann erst mal durchkalkulieren. Aber wir wurden etliche Male vertröstet ('... wir haben die Bilanz noch nicht... wir wissen die Zahlen noch nicht...' usw.). Schließlich hat sich die Vertrauenskörperleitung bei der Geschäftsleitung angemeldet. Und da haben die wohl gedacht, jetzt lassen wir wieder die Klammotten fallen. Die hatten noch die Vorgänge vom Vorjahr gut in Erinnerung, und dem Chef war die Berichterstattung in der Presse und Rundfunk wohl sehr unangenehm gewesen. Er hatte offensichtlich vor einer Wiederholung Angst, und deshalb hat er dann blitzartig 3,5% Lohnerhöhung rausgerückt.

Dann hat noch ein Kollege die 'Morgenpost' verständigt; auch im Rundfunk brachten sie die Meldung über unseren Erfolg. Das war natürlich unserem Chef gar nicht recht; er drehte fast durch. Sogar die Arbeitgeberverbände aus Westdeutschland haben angerufen und ihm die Leviten geredet; wie er denn nur so eine Nachschlagszahlung zustehen könne.

Er hat dann steif und fest behauptet, das wäre eine immerbetriebliche Lohnerhöhung und hätte mit Nachschlag überhaupt nichts zu tun. Er mußte sich rechtfertigen vor seinen eigenen Leuten im Arbeitgeberverband.

Aber wir sehen die Sache so: Wir hatten den Lohnaufschlag gefordert als Ausgleich für die Preissteigerungen; und für uns ist das deshalb natürlich ein Lohnzuschlag und nichts anderes!"



Jürgen Bretschneider nahm in seinem Referat noch zu einer ganzen Reihe gewerkschaftlicher und politischer Themen Stellung. Die wurden in der sehr lebhaften Diskussion von den anwesenden Kollegen und Genossen aufgegriffen. Zum Abschluß dieses kurzen Berichtes hier nur noch zwei Aussagen aus den Beiträgen, die Jürgen in der Diskussion machte:

Zur Marktwirtschaft: "Jemand, der die Marktwirtschaft verteidigt und sagt, das ist das beste System - in meinen Augen muß der 'ne Macke haben. Wenn einer soetwas sagt, dann kann ich ihn als Gewerkschafter gar nicht ernst nehmen."

Zur Absperrung und zur Rechtsprechung: "Die Absperrung ist noch nicht vom Tisch, und die wird auch nicht von Tisch kommen, wenn man sich auf die Gesetzgebung und die Rechtsprechung verläßt. Wir haben in Hamburg vor der IG Metall aus im Vierteljahr ungefähr drei oder vier Prozesse vor dem Arbeitsgericht. Da tränen einem die Augen. Wer glaubt, daß er da Recht kriegt, der ist im Irrtum. Das ist für mich eine Erfahrungswesen, die unwertend war. Die büstren dich ganz kalt ab, obwohl du im Recht bist. Besonders in der zweiten Instanz in Hamburg."

Fortsetzung von Seite 1

Die Ankündigung führender Juso-Funktionäre, auch nach dem Parteitag nicht aufzustecken, muß von Jusos und Parteilinken aktiv unterstützt werden.

Entscheidend ist dabei, daß sich die Juso-Führung diesmal nicht einschüchtern läßt!

LINKE MUSS OFFENSIV VORGEHEN

Der Fall Benneker sollte hier warnend vor Augen stehen: wenn die führenden Juso-Gremien erst lautstark lamentieren, dann aber auf offensive Aktionen verzichten und schließlich zurückweichen, führt dies zur Demoralisierung und isolierten Aktionen an der Basis, mit denen man sich dann nur den Kopf an der Parteibürokratie einrennt und durch Parteiordnungsverfahren einzeln abset-

SPD, JUSOS, AKWS

viert werden kann. Diesmal darf es nicht wieder bei großen Worten (bleiben) zumal es hier um breit getragene inhaltliche Positionen geht. Wenn jetzt schon wieder vorfristig argedeutet wird, man dürfe den SPD-Rechten aber andersseits nicht ins Messer laufen und ihnen 'keine Handhabe' geben (s. Interview mit dem Juso-Bezirksvorsitzenden Gatzmaga), dann klingt das schon ganz wie ein erstes Rückzugsgesicht. Hier kann es keinen "Mittelweg" geben. Entweder die SPD-Linken vertreiben nach dem Parteitag öffentlich ihre Position oder nicht. Und wenn bisher keine Vorbereitungen für ein koordiniertes Vorgehen der Linken in Gang gebracht wurde (s. Interview), dann wird es höchste Zeit! Man darf nicht warten, bis "die Messer gewetzt" sind und

sich dann einzeln zur 'Schlachtbank' führen lassen. Wenn die Parteilinke aus ihrem kümmerlichen Diskussionszirkel-Dasein herausstreifen will, muß sie jetzt anfangen, die Basis überregional zu mobilisieren. Ein Verzicht darauf oder ein Rückzug könnten fatale Folgen haben.

BASIS MOBILISIEREN!

Wenn aber durch offensives und koordiniertes Auftreten eine breite Unterstützung gewonnen wird, kann es sich die Parteiführung kaum leisten, darüber hinwegzusehen und zum Beispiel ganze Arbeitsgemeinschaften oder Parteibezirke aufzulösen. Der Angriff des SPD-Parteiapparates muß daher durch unerschrockenes Vorgehen und aktive Mobilisierung zurückgewiesen werden.

VORAN-INTERVIEW MIT DITMAR GATZMAGA, JUSO-BEZIRKS-VORSITZENDER NIEDERRHEIN

VORAN: Wie siehst Du die Lage nach dem Gespräch mit dem SPD-Bezirksvorstand, bei dem die gegenseitlichen Standpunkte ja nicht ausgetäumt wurden?

GATZMAGA: Das Gespräch hat zweierlei gezeigt: Erstens - Es ist klar geworden, daß die Partei-Rechte ihren Kurs voll durchzusetzen will. Sie werden ganz auf Halbnacht setzen. Ob sie damit bei der Jugend an die Gärten verlieren, dieses Risiko nehmen sie in Kauf.

Zweitens - In den Juso-Unterbereichen gibt es eine sehr starke Zustimmung zu unserem Vorgehen in dieser Frage. Die Stimmung an der Basis ist ganz klar die, daß man auch nach dem Parteitag unsere Positionen öffentlich vertreten muß.

VORAN: Wie wollt ihr jetzt weiter vorgehen?

GATZMAGA: Wir werden für die nächste Juso-Bezirkskonferenz,

die unmittelbar nach dem Parteitag stattfindet, eine Resolution vorbereiten. Darin werden wir auch Flagge zeigen müssen, aber andererseits sollten wir den Rechten keine Handhabe geben. Wir dürfen nicht ins offene Messer laufen.

VORAN: Wie soll das genau aussehen?

GATZMAGA: Wir werden deutlich machen, daß die Entscheidung des Parteitags für uns nicht den Endpunkt der Diskussion bedeutet, sondern daß wir unsere Kritik auch weiterhin in die Partei tragen werden.

VORAN: ...es geht ja nicht um innerparteiliche, sondern um öffentliche Kritik.

GATZMAGA: ...ja. Wir werden auch weiterhin außerhalb der Partei Unterstützung suchen. Darüber hinaus sollte diese Resolution beinhaltet, daß man weiterhin in der Partei bleiben und auch

andere Felder wie Recht auf Arbeit, berufliche Bildung usw. bearbeiten muß.

VORAN: Entscheidend, auch für die Stimmung an der Basis, wird ja sein, wie sich die Linke nach dem Parteitag verhält, ob sie einen Rückzieher macht oder nicht.

GATZMAGA: Nein, bisher nicht. Aber ich kann mir nicht vorstellen, daß sich z. B. ein Landesverband wie Schleswig-Holstein, mit einer seit langem klaren Haltung gegen Atomenergie, der Entscheidung einfach beugt. Das können die sich gar nicht leisten.

Wir streben hier in NRW eine Absprache der Linken auf Landesebene an, zumal bei der bevorstehenden Landtagswahl in NRW die ersten Konflikte aufzutauchen, wenn wir unseren unterschiedlichen Standpunkt vertreten wollen.

VOR VOLLENDETEN TATSACHEN Produktionsverlagerung

Mitte Mai dieses Jahres kündigte die Geschäftsleitung von BSI (Bergische-Stahl-Industrie) in Remscheid Massenentlassungen an. Im Verlauf des Jahres werden nahezu 500 Arbeitsplätze abgebaut. BSI ging den Weg vieler Betriebe: ehemals selbständig, wurde die Firma vom Thyssen-Konzern aufgekauft und jetzt dichtigemacht. Die Produktion wird verlagert. In Zukunft wird es noch viele Fälle wie bei BSI geben, die die Belegschaft zum Handeln zwingen. Über seine Erfahrungen berichtet uns im nachfolgenden Interview ein Jugendvertreter von BSI:

VORAN: Würdest Du uns aus Deiner Betriebsrat warst Sicht schildern, wie Du von der geplanten Produktionsverlagerung erfahren hast, die 500 Arbeitsplätze in Remscheid vernichten wird?

Michael: Angefangen hat es mit einer Betriebsversammlung. Es wurde zwar darauf hingewiesen, daß die Geschäfte von BSI nicht optimal laufen würden, die Lage aber auch nicht zu schwarz gemalt werden dürfte. Trotz dieser - aus heutiger Sicht beschönigenden - Darstellung der Geschäftsleitung kamen die ersten Gerüchte über Entlassungen und Arbeitsplatzabbau auf. Dann stand die Hiobsbotschaft in der örtlichen Presse. Erst am darauffolgenden Tag ließ die Geschäftsleitung auf einer Vollversammlung der Belegschaft die Katze aus dem Sack Das, was sie jetzt sagte, war das genaue Gegenteil von dem, was sie nur 11 Tage vorher ebenfalls auf einer Belegschaftsversammlung gesagt hatte. Die Ankündigung der Produktionsverlagerung und des Belegschaftsabbaus traf eine vollkommen unvorbereitete Belegschaft. Wir hatten ja noch kurz vorher Überstunden gemacht, und jetzt das!

VORAN: Was unternahm der Betriebsrat?

Michael: Das weiß ich nicht genau. Uns fehlen erstens ja Informationen,

die Geschäftsleitung gibt, überprüften können. Einsicht in die Geschäftsbücher. Dann ist es für einen kleinen Betriebsrat sehr schwierig gegen einen Gesamtplan von Thyssen vorzugehen. Da hätten doch alle 500 Betroffenen auf die Straße gehen dürfen. Da müßte viel mehr mobilisiert werden. Die Gewerkschaft muß gestärkt werden, damit auf breiter Ebene viele Betriebsräte und Gewerkschafter gegen die Machtballung der Konzernvorgemerkten können. Die großen Unternehmen verfügen ja über Menschen wie über Puppen. Die Gewerkschaft muß mit aller ihrer Kraft auf bessere Gesetze dringen.

VORAN: Hätte der Betriebsrat keine Informationen über den Plan?

Michael: "Darüber kann ich nichts sagen. Ich weiß nicht, was der Betriebsrat wegen dieser Sache und sonst überhaupt dagegen gemacht oder nicht gemacht hat. Ich arbeite zwar in einem Zweigwerk von BSI innerhalb Remscheids, dennoch hätte man einige Informationen vom Betriebsrat bekommen müssen. Oder ich hätte mich mehr darum kümmern müssen. Es ist jedoch auch möglich, daß der Betriebsrat an die Arbeitern im Betrieb helfen würde. Obwohl die SPD in der Regierung ist..."

ABONNIERT VORAN

Name: _____
 Adresse: _____
 Redaktion "Vorran" 563 Remscheid, Hommesbergerstr. 75